



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Delegation für die Beziehungen zu Israel

32. Interparlamentarisches Treffen Europäisches Parlament/Israel 28. Oktober – 2. November 2007

Entwurf eines Berichts von Jana Hybásková, Vorsitzende der Delegation

Eine Delegation des Europäischen Parlaments unter Leitung der Vorsitzenden der ständigen Delegation des EP für die Beziehungen zu Israel, Jana HYBÁSKOVÁ, und in der Zusammensetzung Bastiaan BELDER, stellvertretender Vorsitzender der Delegation, Gabriele ALBERTINI, Nickolay MLADENOV, Ulrich STOCKMANN, Jelko KACIN, Marek CZARNECKI, Ryszard CZARNECKI, David HAMMERSTEIN, Paul VAN BUITENEN und André BRIE führte Gespräche mit ihren Knesset-Amtskollegen, mit Mitgliedern des Büros des Premierministers, mit der stellvertretenden Premierministerin und Außenministerin Tzipi Livni, mit NRO und Vertretern der arabischen Minderheit. Der Besuch war im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf die für Ende November 2007 anberaumte Konferenz in Annapolis von großer Bedeutung.

Zum Abschluss des Besuchs wurde eine Pressekonferenz durchgeführt.

Während der Treffen wurden drei Hauptthemen behandelt:

I – Bilaterale Beziehungen

Auf der Informationssitzung mit der EU-Troika haben die Botschafter darauf hingewiesen, dass bei den Schwerpunkten Israels Änderungen sichtbar werden, hauptsächlich, was die Beziehungen des Landes zu der EU, der UNO und der NATO angeht. Die EU-Botschafter erinnerten daran, dass Israel zwei Drittel seines wirtschaftlichen Austauschs mit der EU abwickelt. Sie unterrichteten die MdEP über ein „Non-Paper“. Dieses Dokument wurde auch während eines Treffens mit Mitgliedern der Knesset und von der Außenministerin erwähnt, die hoffte, vor Ende des Jahres konkrete Ergebnisse erreichen zu können und das Schriftstück als wichtiges Dokument bezeichnet hatte, in dem ein substanzieller Ausbau der bilateralen politischen Beziehungen zwischen Israel und der EU gefordert werde. Viele Bereiche der Zusammenarbeit, wie beispielsweise der Binnenmarkt, Forschung und Entwicklung, Umwelt, Erziehung, Kultur, Landwirtschaft und gemeinsame

CR\701493DE.doc

PE399.314v01-00

Externe Übersetzung

Investitionen werden als wichtig für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen angesehen. Mit Genugtuung haben die Mitglieder den Beschluss der israelischen Regierung zur Kenntnis genommen, die bilateralen Beziehungen zur EU weiter auszubauen und bekundeten Unterstützung für die Arbeit sowohl der Europäischen Kommission als auch des Rates zur Verbesserung der Maßnahmen im Nachgang zum Aktionsplan und zum „Non-Paper“ sowie für die Verfolgung der Tätigkeit der Reflexionsgruppe EU-Israel, die von der deutschen Ratspräsidentschaft während ihrer Amtszeit mit dem Ziel eingerichtet wurde, die Möglichkeiten für eine Bereicherung der gegenseitigen Beziehungen im Rahmen der ENP zu erkunden und zu prüfen. Sie stellten fest, dass im Zusammenhang mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik zur Unterstützung dieses Prozesses seit 2004 im Europäischen Parlament eine neue Dynamik Einzug gehalten hat.

II – Internationale Sicherheit und Nahost-Friedenskonferenz.

Die iranische Atomfrage und die Rolle des Iran bei der Unterstützung von Syrien, der Hisbollah und von Hamas wurden auf Zusammenkünften mit Mitgliedern der Knesset, israelischen Beamten, Sachverständigen und Tzipi Livni, Außenministerin, ausführlich erörtert. Die meisten dieser Gesprächspartner setzten den Punkt, an dem es technologisch keine Umkehr mehr gibt, auf den Zeitraum von einem bis drei Jahre an. Nach Ansicht von Mitgliedern der Knesset und israelischen Regierungsvertretern werde Iran innerhalb weniger Jahre über die Kapazitäten zur Urananreicherung und dann zur Herstellung der Atombombe verfügen. Israel werde das nicht tolerieren, versicherte der Knesset-Abgeordnete Isaac Ben-Israel. Auch wenn jemand wie Danny Yatom (führende Persönlichkeit der Labour-Partei) die Auffassung vertrete, dass die Zeit bereits abgelaufen sei, drängten die meisten Knesset-Abgeordneten nach wie vor auf wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen zur Beilegung der schweren Krise. Es scheint jedoch, dass die größten Bedenken angesichts iranischer Nuklearkapazitäten deren Auswirkungen auf das regionale Kräftegleichgewicht betreffen. Auf lange Sicht werde eine Nuklearmacht Iran einen gefährlichen Wettlauf der Nuklearambitionen in der Region anfachen, da damit gerechnet werde könne, dass die sunnitischen arabischen Staaten sich nicht zurücklehnen und gar nichts tun werden. Auf kurze Sicht werde unterdessen die iranische Bedrohung auch auf Verbindungen des Iran zu Hisbollah und Hamas und Möglichkeiten hin überprüft, dass diese Organisationen mit angereichertem Uran zur Herstellung „schmutziger“ Bomben versorgt werden könnten.

Israelische Politiker und Sachverständige (Marc Heller vom ISSC) forderten die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen und die EU im Besonderen auf, den Druck auf das iranische Regime zu verstärken. Sie hoben in diesem Zusammenhang die entscheidende Rolle Russlands und Chinas hervor. Premierminister Olmert und Ministerin Tzipi Livni waren wenige Tage vor dem Treffen mit der EP-Delegation mit Präsident Putin bzw. führenden chinesischen Persönlichkeiten zusammengetroffen. Sie zeigten sich mit dem Ausgang ihrer Treffen zufrieden und hofften, dass Russland und China nicht von ihrem Vetorecht Gebrauch machen würden, sollten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stärkere Sanktionen beschlossen werden.

Die EP-Delegation bekräftigte ihre Unterstützung und äußerte Verständnis für israelische Sicherheitsbedenken. Die MdEP forderten eingedenk der Tatsache, dass Frieden und Stabilität im Nahen Osten für die EU und den Staat Israel gleichermaßen von Bedeutung sind, dazu auf, Möglichkeiten für eine friedliche Lösung zu finden.

Der Raketenbeschuss von Sderot ist für die Israelis Anlass zu besonderer Besorgnis. Nicht nur, dass die derzeitige Lage für die Bevölkerung unzumutbar ist, diese Raketen könnten in Zukunft eine noch größere Feuerkraft besitzen. Sie könnten sogar sämtliche Friedensverhandlungen zum Stillstand bringen. Seit der Machtübernahme der Hamas in Gaza hat die Regierung die Frage erörtert, ob eine Zwei-Staaten-Lösung noch zu verwirklichen sei. Da es keine andere Wahlmöglichkeit gebe, so der Berater des Premierministers, sei die Schwächung der Hamas die einzige Lösung. Ehud Olmert wolle vorgehen und gegebenenfalls Risiken eingehen.

Die EP-Delegation hatte Gelegenheit, mit der Troika eine Aussprache über die **Konferenz von Annapolis** zu führen. Die Botschafter gaben den MdEP Erläuterungen zu den Treffen, die zwischen Kommissionsmitglied Waldner und israelischen und palästinensischen Behörden am Vortag stattfanden. Sie betonten i) die starke Unterstützung der EU für die Bestrebungen der unter Leitung von Frau Livni und Herrn Qureia stehenden Unterhändlergruppen; ii) die anhaltenden humanitären Maßnahmen der EU für das palästinensische Volk.

1 – Der EU-Troika zufolge seien die Friedensgespräche derzeit wegen der Frage des zeitlichen Rahmens zum Stillstand gekommen. Die Palästinenser streben, gekoppelt mit einem genauen Zeitplan für die Umsetzung, ein Abkommen an, in dem die Kernfragen des Konflikts behandelt werden – die endgültigen Grenzen, der Status von Jerusalem, die Flüchtlingsfrage, die Siedlungen und die Schaffung eines palästinensischen Staates. Die israelische Seite halte die Behandlung vieler dieser Themen für verfrüht, betrachte die Festlegung einer Frist für die Einrichtung eines palästinensischen Staates als kontraproduktiv und bevorzuge die Abstimmung eines allgemeinen gemeinsamen Dokuments (Erklärung), das den Weg zur vollständigen Wiederaufnahme der Friedensgespräche ebnen würde.

In den Aussprachen, die die MdEP mit offiziellen Vertretern, Knesset-Mitgliedern und Frau Livni führten, wurde dieser Standpunkt bestätigt. Zusammengefasst lautet er: ein Zeitplan, der sehr oft nicht umgesetzt wird, wecke Erwartungen, die nicht erfüllt werden, was zu Gewalt führe. Darüber hinaus bekräftigten die israelischen Gesprächspartner (Mitglieder der Knesset, Ben-Israel, Amira Dotan und Außenministerin Livni) erneut, dass die Roadmap noch immer den Rahmen für den Friedensprozess bilde.

In fast allen politischen Gesprächen der EP-Delegation wurde die Zwei-Staaten-Lösung als die einzige Lösung von Bedeutung genannt. Allerdings scheint die Grenzlinie von 1967 derzeit von einigen offiziellen Vertretern Israels in Frage gestellt zu werden, wobei jede Änderung gegenseitig abgestimmt und ein gleichwertiger Gebietsaustausch vorgenommen werden müsste. Dieses Konzept wurde auch von Professor Ron Pundak vom Peres-Friedenszentrum genannt, der die Ansicht vertrat,

dass, bevor man über Flüchtlinge und Jerusalem spreche, die Fragen eines vollständigen Rückzugs und eines gleichwertigen Gebietsaustauschs ernsthaft behandelt werden müssten.

Mit vorsichtigem Optimismus bekundete die EP-Delegation ihre Hoffnung, dass die Tagung in Annapolis die Grundsätze der Roadmap und den politischen Willen für eine Zwei-Staaten-Lösung bestätigen werde. Sollte Annapolis ein Erfolg werden, würde Präsident Abbas den Palästinensern das Ergebnis entweder auf dem Wege von Parlamentswahlen oder eines Referendums vorlegen. Letzteres würde möglicherweise palästinensische Wähler außerhalb der palästinensischen Gebiete einschließen.

2 – Darüber hinaus äußerten die MdEP im Hinblick auf die **Lage der besetzten Gebiete** trotz Anerkennung israelischer Sicherheitsbedenken Besorgnis angesichts der Affektivität und der negativen Ergebnisse der israelischen Entscheidung, Strom- und Wasserversorgung nach einem Raketenangriff zu unterbrechen und die Dauer der Unterbrechung allmählich auszuweiten, wenn der Beschuss fortgesetzt werde. Die kollektive Bestrafung sei vielleicht nicht die beste Methode, um den Beschuss mit Raketen zu beenden.

Sie äußerten ferner Besorgnis wegen der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Sicherheitsmaßnahmen, wie beispielsweise Straßensperren und Kontrollpunkte. Im ECTAO (Büro der Europäischen Kommission für technische Hilfe für die Westbank und den Gazastreifen) wurde der EP-Delegation ein Überblick über humanitäre, wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen für die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten sowie die Art und Weise der Überwachung des Finanzstroms gegeben. Derzeit sei die EU mit humanitären Hilfsmaßnahmen und vorübergehenden Hilfsleistungen zur Gehaltsauszahlung für Mitarbeiter der Palästinensischen Autonomiebehörde befasst. Der Gesamtbetrag der direkten EU-Beihilfen (einschließlich der Hilfe der Mitgliedstaaten) werde 2007 900 Millionen Euro übersteigen. Allerdings bleibe es Ziel der EU, auf dem Weg in Richtung Unterstützung von Vorhaben zum Aufbau von Institutionen und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung voranzukommen. Tony Blair arbeite als Vertreter des Quartetts eng mit dem ECTAO-Team zusammen. Er habe den Israelis zehn wichtige Wirtschaftsvorhaben für eine Umsetzung in den besetzten palästinensischen Gebieten vorgelegt, von denen jedoch von den Israelis lediglich vier näher in Betracht gezogen und andere aus Sicherheitsgründen abgelehnt wurden. Darüber hinaus äußerten einige hohe Beamte Israels Kritik an der Tätigkeit von Herrn Blair, die sie als nicht gut „synchronisiert“ bezeichneten.

Sollte, wie angekündigt, Mitte Dezember in Paris eine Folgekonferenz der Geber zur Finanzierung von Wirtschaftsinitiativen als Beitrag zur Schaffung der Voraussetzungen für einen lebensfähigen palästinensischen Staat stattfinden, wird sich diese zunächst mit den derzeitigen Auswirkungen des Verlaufs der Sicherheitssperre befassen müssen. Die EP-Delegation wurde im Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten in den besetzten palästinensischen Gebieten (UN OCHA) umfassend über Maßnahmen unterrichtet, die Israel aus Sicherheitsgründen den Palästinensern, die in den besetzten Gebieten wohnen, auferlegt hat. Der Zaun sei gebaut worden, weil die

Palästinensische Autonomiebehörde unfähig gewesen sei, den Terrorakten Einhalt zu gebieten, und nach vielen Gewaltakten entlang der Grünen Linie, bei denen dem Obersten Gerichtshof Israels zufolge in dem Zeitraum von Beginn der zweiten Intifada, die von September 2000 bis September 2002 dauerte, 1148 Menschen getötet und mehr als sechstausend Israelis verwundet wurden. Obwohl Zaun und Sperranlagen zu einer gewaltigen Verschlechterung der humanitären und wirtschaftlichen Lage in der Westbank führten, erwiesen sie sich als hoch wirksam. Die Zahl der durchgeführten Angriffe sei um 95 Prozent zurückgegangen und das Eindringen von Selbstmordattentätern nach Israel konnte fast vollständig gestoppt werden. Der Zaun soll sich über eine Länge von 790 km (die Grüne Linie verläuft über 315 km) erstrecken. Seit Januar 2006 verlaufen 525 km (74,5 %) der geplanten Gesamtlänge des Zauns in den Gebieten des Westjordanlandes. Im vergangenen Jahr habe das Verteidigungsministerium 102 km fertig gestellt und weitere 260 km seien noch geplant. Allerdings sei seit Juli 2007 nicht ein einziger Kilometer hinzugekommen. Es scheint, dass Haushaltszwänge nicht der alleinige Grund seien. Im Zusammenhang mit dem laufenden Dialog zwischen Israel und den Palästinensern könnte diese Pause als Zeichen des guten Willens gesehen werden.

III – Die Lage von Zuwanderern und Minderheiten.

Eine der in der Knesset veranstalteten Arbeitssitzungen behandelte das **Migrationsthema**. MdEP und Mitglieder der Knesset erörterten die Erfahrungen Israels mit der Eingliederung von Neuankömmlingen. Immerhin wurden 50 % der israelischen Bevölkerung außerhalb des Landes geboren, wobei die Jahre 1989/1991 einen entscheidenden Wendepunkt brachten. Der Zusammenbruch der UdSSR bedeutete für Israel gewaltige Herausforderungen, da das Land mehr als eine Million russischer Juden aufnehmen musste. Eine weitere Erfahrung mit der Eingliederung brachten Wissenschaftler zur Sprache. Äthiopier machen zwischen 30 000 und 40 000 Personen aus und stellen Professor Jack Habib zufolge für die israelische Gesellschaft ein Hauptaugenmerk dar. Zur Unterstützung dieses Teils der Bevölkerung sei Israel gezwungen gewesen, sein gesamtes Hilfesystem neu zu gestalten. Der Umfang der Hilfe (Zulagen, Dauer der Hilfe, Sprachunterricht, Programme zur Verbesserung der Bildung und des Zugangs zu Hochschulen) sei zehn Mal größer als für die Russen.

Es wird deutlich, dass der Zusammenhalt der israelischen Gesellschaft nicht nur von der Eingliederung der Einwanderer, unabhängig von deren Herkunft, abhängt, sondern auch von der Eingliederung nichtjüdischer Israelis. Gegenwärtig machen sie mehr als 20 % der Bevölkerung aus. Während des Besuchs der EP-Delegation verdeutlichte ein konkretes Beispiel diese Tatsache. Bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und Einwohnern von Piki'in (überwiegend von Drusen bewohnte Stadt in Galiläa – gilt als Beispiel für friedliches Zusammenleben) wurden mehr als 30 Personen verwundet¹. NRO wie *Mossaw*, *Bt'Salem*, *Ir Amim* und die *Arabische*

¹ Mehr als 200 Polizisten drangen um 3.00 Uhr in das Dorf Pik'in ein, um sieben Jugendliche festzunehmen. Sie wurden im Zusammenhang mit Protesten gegen eine Mobilfunkantenne auf dem Dach eines Geschäfts der Teilnahme an Akten öffentlicher Ruhestörung beschuldigt. Arabische Mitglieder der Knesset (unter ihnen Majallie Whbee, stellvertretender Außenminister und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für

Vereinigung für Menschenrechte wiesen bei ihren Treffen mit der EP-Delegation darauf hin. Einige der NRO-Vertreter verwiesen auf die rechtliche und materielle Diskriminierung der arabisch-israelischen Bevölkerung (das Vorhandensein von Gesetzen zur Einteilung der Bevölkerung nach kulturellen und religiösen Kriterien, der problemlose Entzug der israelische Staatsangehörigkeit usw.). Diese NRO ersuchten EU und EP um Unterstützung. Sie würden es beispielsweise begrüßen, wenn diese Themen im Rahmen der bilateralen Beziehungen von den Europäern angesprochen werden würden.

Mehr denn je ist ein **interkultureller und interreligiöser Dialog** vonnöten. Der Vertreter des Interreligiösen Koordinierungsrats in Israel (ICCI) sprach über die Bedeutung des „direkten Dialogs zwischen den Menschen“ als der einzigen Möglichkeit, die Kluft zwischen den Gemeinschaften zu überbrücken. Er gehe davon aus, dass sämtliche Konflikte eines Tages beigelegt würden und die örtlichen Religionsführer, nachdem sie bereits in schwierigen Augenblicken zusammengearbeitet hätten, eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Friedens spielen könnten. Dieses Konzept wurde während des Treffens mit dem Peres-Friedenszentrum durch die Vorstellung mehrerer Initiativen veranschaulicht, durch die junge Menschen, Künstler, Wissenschaftler und Unternehmer zusammengeführt werden. Aussöhnung ist dem Vertreter des „Elternkreises“ (Parents Circle) zufolge kein Einzelvorgang, sondern ein Prozess. Viele Gesprächspartner verweisen auf die EU als dem besten Beispiel für einen erfolgreichen Aussöhnungsprozess und darauf, dass aus dieser Erfahrung Lehren gezogen werden sollten.

Während dieser intensiven Sitzungen mit NRO hatte die EP-Delegation Gelegenheit, die vielschichtigen soziokulturellen Herausforderungen kennenzulernen, denen die israelische Gesellschaft auf ihrem Weg zum Frieden begegnen muss. Die MdEP sicherten zu, ihrer Verpflichtung zur Verbesserung der Menschenrechtslage für Minderheiten im Staat Israel weiterhin nachzukommen.

Zwei Informationsreisen der EP-Delegation.

I – Südisrael (Besuch in Sderot)

Der stellvertretende Bürgermeister begrüßte die EP-Delegation in seinem Büro und gab eine Beschreibung der Lage der Einwohner von Sderot, die wöchentlich Angriffen mit Kassamraketen ausgesetzt sind, die 2001 begannen und durch die 2004 der erste Einwohner getötet wurde. Anschließend suchte die Delegation in der Stadt einige der zivilen Ziele (Schule, Tankstelle...) auf, die in jüngster Zeit mit Kassamraketen beschossen wurden. Auf der Polizeiwache konnten dort gelagerte Überreste der Rakete in Augenschein genommen werden.

Danach begab sich die Delegation zum Sapir-College, einem der Hauptziele von Kassamraketenangriffen, wo Lehrer das Alltagsleben am College schilderten. Es wurden Zahlen und Karten gezeigt. Jährlich werden zwischen 600 und 700 Angriffe im Gebiet verzeichnet. Das Psychologische Zentrum des College ist erweitert worden

Politische Angelegenheiten der Parlamentarischen Versammlung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft) forderten einen öffentlichen Untersuchungsausschuss und den Rücktritt des Bezirkspolizeichefs.

und die alltäglichen Schulabläufe mussten geändert werden, da Schülern und Personal nach Auslösen des Alarms weniger als eine Minute bleibt, um die Schutzräume aufzusuchen. Einer Lehrerin zufolge änderte sich die Lage nach dem Oslo-Abkommen und der Rückkehr von Yasser Arafat in das Gebiet. Wie sie hinzufügte, seien die Nachbarschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der Bevölkerung des Gazastreifens davor gut gewesen.

Die Lehrer äußerten Besorgnis über die Kluft, die infolge dieser Lage zwischen den jungen Leuten auf beiden Seiten entstehe. Sie ersuchten um die Initiative eines Dritten (des EP zum Beispiel), durch die Schüler, Akademiker und Sozialarbeiter beider Seiten an einem neutralen Ort zusammenkommen und gegen das wachsende gegenseitige Desinteresse sowie das spätere Risiko des Abbruchs der Kontakte angehen könnten. Die MdEP begrüßten diesen Vorschlag, bekundeten ihre Solidarität und verurteilten die anhaltenden Angriffe aus dem Gazastreifen.

II – Nordisrael (Besuch eines Aussichtspunktes und Nazareths).

Die EP-Delegation beschloss, in den Norden zu reisen, um mit Vertretern der arabischen Religionsgemeinschaften zusammenzutreffen.

Der Erzbischof von Nazareth dankte in seiner Rede der EP-Delegation für ihren Besuch und begrüßte ihn als Akt der Solidarität mit einer vergessenen Minderheit. Die Lage der nichtjüdischen israelischen Bevölkerung werde zunehmend schwieriger. Unter anderem erläuterte er, warum die Christen abwanderten. Von einem Anteil der Christen an der Bevölkerung in Bethlehem von 65 % vor 25 Jahren seien nur 6-10 % geblieben. Die unlängst erfolgte Ermordung eines christlichen Buchladeninhabers in Gaza bezeichnete er jedoch als einen Einzelfall, der nicht als allgemeine Drohung gegenüber Christen ausgelegt werden sollte.

Ein weiteres Treffen fand mit einem **Vertreter der muslimischen Gemeinschaft** statt, der gleichzeitig Richter an einem Schariagericht ist. Alle persönlichen Angelegenheiten wie Geburtseintrag, Eheschließung, Scheidung usw. werden in unterschiedlichen religiösen Gerichten erledigt. Er sprach insbesondere die Frage des Eigentums an (wie z. B. Grund und Boden, Friedhöfe und Moscheen), das der muslimischen Gemeinschaft vor 1947 gehört hatte. Heutzutage dürfen die Muslime z. B. nicht mehr in der Moschee in Ber Sheva beten, da das israelische Gericht das Gebäude enteignete, das derzeit als Museum genutzt werde.

Ein anderer Grund zur Besorgnis sei das benachteiligende Bildungssystem. Nur 7 % der arabischen Bevölkerung (Christen und Muslime) haben Zugang zu Hochschulen, obwohl sie 20 % an der Gesamtbevölkerung in Israel ausmachen. Die EU könnte mit Stipendien und Studienreisen nach Europa helfen. Diese Idee wurde von der Delegation gern aufgenommen.

Abschließende Bemerkungen:

Die EP-Delegation wurde mit einer ungewöhnlichen Rede der Parlamentspräsidentin Dalia Itzik in der Knesset begrüßt, die ein deutlicher Ausdruck für die verbesserten

Beziehungen zwischen beiden Parlamenten war. Der Besuch erfolgte wegen des Treffens in Annapolis und der Gesamtentwicklung in der Region genau zur rechten Zeit. Trotzdem nutzten die MdEP die Gelegenheit nicht nur zu Gesprächen über die politische Entwicklung zwischen Palästinensern und Israelis, sondern konzentrierten sich darüber hinaus auf Möglichkeiten für gegenseitige Beziehungen sowohl zwischen der EU und Israel, als auch dem EP und der Knesset. Die MdEP erhielten Gelegenheit zu politischen Gesprächen auf hoher Ebene mit Tzipi Livni, Mitgliedern der Knesset und Beratern von Premierminister Olmert. Die Hauptthemen, die in der Knesset erörtert wurden, betrafen Umwelt und Wasser, Einwanderung und Sicherheit. Die MdEP führten Aussprachen mit Vertretern der Zivilgesellschaft und religiöser Gemeinschaften sowie mit Sachverständigen über Sicherheit und strategische Studien. Der Besuch fand in einer schwierigen, aber trotzdem für die Zukunft des Nahen Ostens entscheidenden und hoffnungsvollen Zeit statt.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die meisten Gesprächspartner den Wunsch zum Ausdruck brachten, die Europäische Union möge sich verstärkt am Friedensprozess beteiligen. Alle gingen davon aus, dass die EU im Fall positiver Ergebnisse der Konferenz von Annapolis im Friedensprozess eine Rolle (vor Ort) spielen müsse.

Die Delegation bekräftigte gegenüber allen Gesprächspartnern die Unterstützung des Europäischen Parlaments für alle Maßnahmen und Initiativen, die zur Wiederbelebung des Friedensprozesses umgesetzt werden und versicherte ihnen, dass der Einsatz des Europäischen Parlaments für eine tragfähige Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten nicht nachlassen werde.

Aus praktischen Gründen würde die Delegation die Einrichtung eines speziellen Ausschusses in der Knesset sehr begrüßen, der für Angelegenheiten des Europäischen Parlaments zuständig wäre.

In Bezug auf die arabischen Minderheiten ersucht die Delegation die Kommission, diese Minderheiten in das Programm für Stipendien und Studentenaustausch aufzunehmen.

Die Delegation wird die Lage in Sderot weiter verfolgen und plant, Einwohner aus Sderot in das EP einzuladen.

Anhang:

- Programm
- Teilnehmerliste
- Begrüßungsrede von Dalia Itzik, Präsidentin der Knesset
- Pressemitteilung
- Interview des Vorsitzenden in der „Jerusalem Post“

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Delegation für die Beziehungen zu Israel

28. Oktober – 3. November 2007

Jerusalem

32. Interparlamentarisches Treffen EP/Israel

PROGRAMM

Sonntag, 28. Oktober

Jerusalem

17.00 Uhr Treffen zwischen dem Sekretariat der Delegation und der Delegation der EK
in Israel
im King-David-Hotel

Individuelle Anreise und Transfer zum:

King David Hotel

23, King David Street

94 101 JERUSALEM

Tel.: 00 972 2 620 88 88

Fax: 00 972 2 620 88 80

Montag, 29. Oktober Jerusalem

8.15 Abreise vom Hotel

9.00 Besuch des Felsendoms und der Al Aqsa Moschee (Löwentor)

9.45 Besuch des Tunnels (*durch das Mugrabi-Tor*)

11.30 Besprechung mit der Troika: *King-David-Hotel (Oliven-Raum)*

12.30 Leichtes Mittagessen im Hotel

13.00 Abreise nach Sderot + Besuch des Sapir-College

14.15 - Treffen mit dem stellvertretenden Bürgermeister

16.00 - Besuch des Sapir-College

18.00 Rückfahrt nach Jerusalem
Abendessen: Zeit zur eigenen Verfügung

Dienstag, 30. Oktober

Jerusalem

08.40 Abfahrt zum Büro des Premierministers (nur MdEP und Verwaltungsrat)

09.00 Treffen mit Erna Etzion, stellvertretender Leiter des Nationalen Sicherheitsrats
Treffen mit Shalom Tourgeman, außenpolitischer Berater des Premierministers

10.00

10.45 Weiterfahrt nach Yad Vashem (Holocaust-Gedenkstätte)
Besuch von Yad Vashem

11.00 - Kranzniederlegung in der Gedächtnishalle

13.00 Mittagessen im Hotel Crown Plaza auf Einladung des stellvertretenden Generaldirektors, Raffi Barak (MdEP + 1 Verwaltungsrat)
Mittagessen: Zeit zur eigenen Verfügung für die anderen Delegationsteilnehmer

15.15 Offizieller Besuch der Knesset:

16.40.-18.00 - Ausschuss für Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten

18.00-18.45 - Umweltausschuss

18.45- 19.30 - Einwanderungsausschuss

20.00 King David /Offizielles Abendessen auf Einladung des Mitglieds der Knesset Amira Dotan

Mittwoch, 31. Oktober

Jerusalem

09.00 Treffen mit Vertretern von NRO und der Zivilgesellschaft
(*Leseraum des King David Hotels*)

09.00-09.45 Sitzung 1

- MEMRI (Nahost-Medienforschungsinstitut)
- Mediengesellschaft Keshev über Gefahren für die Demokratie und das Verhalten der Medien in Israel

09.45-10.30 Sitzung 2

- Interreligiöser Koordinierungsrat in Israel (ICCI)

10.30- Sitzung 3

19.30 Cocktailempfang in der Residenz des Leiters der Delegation der Europäischen Kommission

Freitag, 2. November	Der Norden
-----------------------------	-------------------

08.00 Abfahrt vom Hotel

10.00 Besuch des Nordens und eines Beobachtungspunktes

14.00 Treffen und Mittagessen mit dem Erzbischof von Nazareth Shakur (Vertreter der christlichen Gemeinschaft) (*Restaurant „Father Shofani“ - Nazareth*)

16.00 Treffen mit: Richter Mohammed Abed (Vertreter der muslimischen Gemeinschaft) (*Shariagericht - Nazareth*):

17.00 Abfahrt nach Tel Aviv

19.00 Ankunft im Hotel

Sonnabend, 3. November	Tel Aviv
-------------------------------	-----------------

Abreise der EP-Delegation nach Europa und Fahrt vom Dan Hotel zum Flughafen Ben Gurion

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH ISRAEL

32nd EP/Israel interparliamentary meeting

Jerusalem and Tel Aviv
28 October - 3 November 2007

Participants list

Members of the European Parliament (11)

	Name	Political Group	Country
Mrs Jana	HYBÁSKOVÁ (Chair of the Delegation)	EPP-ED	Czech Republic
Mr Bastiaan	BELDER (Vice-Chair of the Delegation)	IND/DEM	The Netherlands
Mr Gabriele	ALBERTINI	EPP-ED	Italy
Mr Nickolay	MLADENOV	EPP-ED	Bulgaria
Mr Ulrich	STOCKMANN	PSE	Germany
Mr Jelko	KACIN	ALDE	Slovenia
Mr Marek	CZARNECKI	UEN	Poland
Mr Ryszard	CZARNECKI	UEN	Poland
Mr David	HAMMERSTEIN	Verts/ALE	Spain
Mr Paul	VAN BUITENEN	Verts/ALE	The Netherlands
Mr André	BRIE	GUE/NGL	Germany

EPP-ED	-	Group of the European People's Party and European Democrats
PSE	-	Socialist Group in the European Parliament
ALDE	-	Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe
UEN	-	Group of the Union for Europe of the Nations
Verts/ALE	-	Group of the Greens / European Free Alliance
GUE/NGL	-	Confederal Group of the European United Left - Nordic Green Left
IND/DEM	-	Group of the Independence and Democracy

Secretariat, Interparliamentary Delegations (3)

Mr	Hans-Hermann	KRAUS	Principal Administrator
Mrs	Djamila	CHIKHI	Administrator
Mrs	Vera	BENITO	Administrative Assistant

Political Group Advisors (4)

Mr	Jorge	SOUTULLO	EPP-ED
Mr	Bruno	MARASA	PSE
Mr	Niccolo	RINALDI	ALDE
Mrs	Sylwia	WOJCIECHOWSKA	UEN

Interpreters (4)

Mrs	Gisèle	ABAZON	HE
Mr	Ilan	STEINBERG	HE
Mrs	Regine	STURM	DE
Mrs	Batia	FROST	HE

* * *

Accompanying the Members (3)

Mrs Barbora TREBICKA	Mrs Hybásková's assistant
Mrs Melinda GIJSBERTSE	Mr Belder's assistant
Mrs Giovanna MORERIO	Mr Albertini's assistant

Greetings by the Speaker of the Knesset to the Delegation from the European Parliament

Knesset Plenum, 30 October 2007

(unofficial translation, prepared before the Knesset Session)

Members of Knesset,

Today, the Knesset is hosting a delegation of friends, Members of the European Parliament – headed by Mrs. Jana Hybášková – who have come here to hold an open and frank dialogue on issues of importance that touch on the fundamental issues of our life here in Israel.

Dear guests,

Welcome to the Knesset, the stronghold of Israeli democracy and the only democracy in the whole of the Middle East.

When I glance at the list of your countries of origin, I feel extremely jealous. You, the Members of the European Parliament, represent countries that once fought each other in brutal wars through many years of bloody conflict.

And yet here you are, seated together in one Parliament, working to build a better future and create a better environment for all the residents of Europe.

The deep residue of the wars of the past fought on your land seems to have totally vanished.

Enemies of the past are today partners in the formation of a united, advanced Europe, a Europe that seeks to create prosperity and peace, a flourishing economy, a thriving culture, and global security all on the basis of shared interests – a winning and proven combination.

Distinguished guests,

Ever since the establishment of the State of Israel almost sixty years ago, we have been seeking the path to peace with our neighbours. We have experienced ten wars; we have never known a single day of security and calm.

Yet we remain determined not to give up, not to miss any opportunity to achieve the breakthrough to a solution that will bring peace and security to our citizens. However, that path can never follow a route soaked in blood.

That path can never follow a route paved with acts of murder and terrorism.

We have built a wonderful country, we have many achievements in a number of areas: in the economy, in industry and hi-tech, in

technology, in medicine, in jurisprudence, in agriculture and many other areas.

And we did all this while under fire.

Today's security situation is still unstable and dangerous.

I would like to ask you this question:

How can we proceed towards peace when towns and villages within the State of Israel are under daily attack by missiles and Kassam rockets?

This unceasing bombardment takes human life, totally undermines the routine of daily living and threatens the last remaining hope of the chance to live in peace with our neighbours from across the border fence.

Yet this is a hope that we have never and will never give up.

A great many innocent citizens are under a permanent deadly threat.

You must agree that this is intolerable.

Would the countries that you represent accept a situation like this for even a single day? Of course they wouldn't.

Israel has a duty towards its citizens – I believe that if the leaders of Europe had to face such constant shelling, their response would be similar and perhaps harsher.

Allow me to remind you that Israel has already proved she is prepared to make far-reaching and painful concessions in order to achieve peace and calm.

Israel never hesitated to give up assets such as oil and territory – won in wars she did not initiate – in exchange for peace with Egypt and Jordan.

Not long ago we uprooted flourishing settlements and thousands of residents who lived in the Gaza Strip, and what did we receive in exchange from the rulers of Gaza?

Terrorism, terrorism and more terrorism.

The Palestinian Authority has a moderate leadership and we are holding an ongoing and positive dialogue with them.

It is important that the countries of Europe should also learn, as we did, to make the necessary distinction between the moderate and pragmatic forces and those extremist elements that must be isolated and condemned.

Distinguished guests,

We expect the European Parliament to exert all its power to reduce the level of terrorism and not to display tolerance towards those who instigate it.

The countries of Europe should not hold any dialogue with Hamas, whose path is the path of terrorism.

The Hamas regime does indeed threaten our citizens, but let us not forget that it also represents a destructive force for the Palestinians themselves.

* * *

We rebuilt the land of our fathers, the homeland of our nation, our right to which received the recognition of the nations of the world. We created a refuge and a new hope for the survivors of the Holocaust following the annihilation of one third of the Jewish People, and now the President of Iran comes and threatens to send a nuclear bomb to kill and destroy us.

But the nuclear threat is not enough for the Iranian dictator – he also supports, encourages and finances the terrorist organizations, Hizbullah and Hamas, and the countries that sponsor them and give them shelter.

Iran and her satellites do not only endanger Israel, they also threaten the stability of Europe, and I am sure that you are all very aware of this.

We expect the European Union to express its outrage regarding what is happening in Iran and the declared intentions of the Iranian President. We expect the European Union to take determined and energetic action against its acquisition of nuclear weapons.

Empty words are not sufficient – there must also be action.

The nuclear hour-glass is emptying fast.

All of humanity is likely to pay the price of the delay and hesitation in dealing with Iran.

And the price will be very heavy.

Just as the countries of Europe exchanged hatred and bloodshed for prosperity and growth, we seek a similar turning point in our region.

This is the dream of every Israeli.

This is our national dream.

We hope that the meetings you hold with Members of the Knesset and with other Israelis during your visit here in Israel will be constructive and will help to build confidence and promote the relations between Europe and Israel. I believe that these meetings might contribute to an advance towards that breakthrough that we all hope for.

I welcome you all to the State of Israel and wish you a fruitful and successful visit.

Teilnehmer des Interparlamentarischen Treffens EP/Israel erörtern bilaterale Beziehungen und den Frieden in Nahost

31.10.2007 Das 32. Interparlamentarische Treffen EP/Israel fand gestern in Israel statt. Eine 11-köpfige Delegation des Europäischen Parlaments unter Leitung der Vorsitzenden der Ständigen Delegation des EP für die Beziehungen zu Israel, Jana HYBÁSKOVÁ (PPE-DE, CZ), führte Gespräche mit ihren Amtskollegen der Knesset über Sicherheits-, Umwelt- und Einwanderungsthemen. Darüber hinaus traf die Delegation mit Mitgliedern des Büros des Premierministers und Vertretern von NRO zusammen und wird morgen mit der stellvertretenden Premierministerin und Außenministerin Tzipi Livni zusammentreffen.

Die Delegation begrüßte die Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und dem Staat Israel. Besorgt über die iranische Drohung gegenüber Europa und dem Nahen Osten, brachte sie ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass eine politische Regelung zu einer Zwei-Staaten-Lösung führen werde. Anlässlich ihres Besuchs in Sderot bekundeten die MdEP ihre Solidarität und verurteilten nachdrücklich die Angriffe auf Sderot, die aus dem Gaza unternommen werden. Darüber hinaus äußerten sie erneut ihre kritische Haltung gegenüber den Straßensperren und den illegalen Siedlungen auf der Westbank.

Die Delegation hält sich vom 28. Oktober bis 3. November in Israel auf und besucht Jerusalem, Sderot, Tel Aviv, Tiberias und Nazareth. Im Plenum der Knesset wurde sie von der Parlamentspräsidentin begrüßt und nahm an Sitzungen mit Mitgliedern der Knesset-Ausschüsse für Umwelt, Einwanderung, Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten teil.

Bilaterale Beziehungen

Die Mitglieder nahmen den Beschluss der israelischen Regierung, die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und dem Staat Israel weiter auszubauen, mit Genugtuung auf. Sie stellten fest, dass im Zusammenhang mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik zur Unterstützung dieses Prozesses seit 2004 im Europäischen Parlament eine neue Dynamik Einzug gehalten hat. Deshalb bekundete die Delegation ihre Unterstützung für die Arbeit sowohl der Europäischen Kommission als auch des Rates zur Verbesserung der Maßnahmen im Nachgang zum Aktionsplan sowie für die Arbeit der Reflexionsgruppe. Die MdEP forderten die nächsten Ratspräsidentenschaften auf, einschlägige Maßnahmen zur Stärkung der bilateralen Beziehungen in Bereichen auszuarbeiten, die Binnenmarkt, Forschung und Entwicklung, Umwelt, Bildung und gemeinsame Investitionen einschließen.

Internationale Sicherheit und Frieden im Nahen Osten

Die Europäische Union und der Staat Israel teilen die gleichen Sicherheitsbedenken: Iran ist eine existentielle Bedrohung für den Staat Israel und stellt eine enorme und wachsende Gefahr für die Sicherheit Europas und des Mittelmeerraums dar. Die EP-Delegation forderte dazu auf, Möglichkeiten für eine friedliche Lösung zu finden. Frieden und Stabilität im Nahen Osten seien für die EU und den Staat Israel gleichermaßen von Bedeutung.

Mit vorsichtigem Optimismus brachte die Delegation ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass das

Treffen in Annapolis die Grundsätze der Roadmap und den politischen Willen für eine Zwei-Staaten-Lösung bekräftigen werde.

Während ihres Besuchs in Sderot bekundeten die Mitglieder ihre Solidarität und verurteilten die anhaltenden Angriffe aus dem Gazastreifen.

Die MdEP sagten zu, ihrer Verpflichtung zur Verbesserung der Menschenrechtslage von Minderheiten im Staat Israel weiterhin nachzukommen. Sie äußerten sich besorgt über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Sicherheitsmaßnahmen, wie z. B. Straßensperren und Sicherheitssperranlagen sowie der negativen Auswirkungen illegaler Siedlungsaktivitäten, insbesondere in Ostjerusalem.

Die weiteren Mitglieder der Delegation sind:

Bastiaan BELDER (IND/DEM, NL), Gabriele ALBERTINI (PPE-DE, IT), Nickolay MLADENOV (PPE-DE, BG), Ulrich STOCKMANN (PSE, DE), Jelko KACIN (ALDE, SL), Marek CZARNECKI (UEN, PL), Ryszard CZARNECKI (UEN, PL), David HAMMERSTEIN-MINTZ (Grüne/ALE, ES), Paul VAN BUITENEN (Grüne/ALE, NL) und André BRIE (GUE/NGL, DE).

Ansprechpartner:
Hans-Hermann Kraus

+32 496 59 94 69

: hkraus@europarl.europa.eu

oder:

Barbora Trebicka

+32 473743803

: jana.hybaskova-assistant@europarl.europa.eu

Lorinc REDEI

Europäisches Parlament
Generaldirektion für Information
Pressedienst
Funk: +32 498 98 32 83
Telefon (BXL): +32 2 28 32379
Fax (BXL): +32 2 28 44995
E-Mail:
lorinc.redei@europarl.europa.eu

EU politician: No peace without Syria

**Jerusalem Post,
Sheera Claire Frankel and Tovah Lazaroff**

Syria will not allow any serious peace agreement to be reached without playing a central role in the negotiations, European Parliament member Jana Hybaskova told *The Jerusalem Post* Wednesday.

Hybaskova, chairwoman of the Delegation for Relations with Israel and a member of the European People's Party (Christian Democrats) who also sits on the Committee on Foreign Affairs and the Committee on Budgets, recently met with Syrian President Bashar Assad. She spent this week leading a delegation of European Parliament members in Israel.

"[Syria] has the vision that there is no peace without Syria," Hybaskova said. The Syrians have an "overexaggerated sense" of their own importance, she said, adding, "They want to put themselves in the center... and that is the key," so if they cannot be part of masterminding the peace, "they want to destroy it." "That is a very dangerous message," she said.

Hybaskova said she had been disappointed by the Syrians' "rigid" response on several issues, including the release of Syrian dissidents from jail, negotiations over the Golan Heights and the strengthening relationship with Russia.

"I am very much concerned with the mounting influence of Russia - not only in Syria, but in the whole Middle East," she said.

Hybaskova said she was particularly worried about Russia's ties with Iran and its actions to dissuade the construction of missile defense systems in Central and Eastern Europe.

"Whenever we are active, Russians come and say, 'No, Iran is not that important. Do not build this defense,'" she said. Israel should use its "special relationship" with Russia to persuade Moscow to change its tune on missile defense and Iran in general, she said, citing the number of Russian immigrants in Israel and the trade between the two countries.

"We do not want Iran to come up with a nuclear program. We realize this is a threat to all of Europe," she said.

Turning to the issue of sanctions against Iran, Hybaskova said swaying Russia to support such moves was critical if economic isolation was to be truly effective.

Europe, in general, needs to take a tougher stance on sanctions, she added, noting that more than 200 European Parliament members have called for harsher economic sanctions on Iran.

In addition to diminishing economic ties between Iran and European countries, the European Parliament is also considering enacting measures that would stop Iranian flights from landing in Europe for commercial or private purposes, she said.

As part of her visit to Israel, Hybaskova and half a dozen Parliament members visited Sderot on Monday.

"We were truly shocked to visit places like Sapir College, which is sometimes the target of attacks three times a day.... This should be stopped. There is no democratic country that would sit and watch this happen and not act to protect its citizens," she said.

While expressing doubt over the current methods the government was using in the Gaza Strip to stop terror, such as cutting power and electricity, Hybaskova said she knew of no other solutions.

She said it was clear to her that Egypt could play a more active role in preventing smuggling along its border with the Gaza Strip.

"Egypt [has shown] they have no capacity to control the border," she said. "We need to make them part of the solution and not part of the problem."

"There needs to be a debate about the Egyptian role and Egyptian control of the border, especially the money and devices being smuggled to Egypt from Syria," she said. "Why is this being allowed to happen?"

In search of answers, Hybaskova and the delegation will meet with Palestinian officials on Thursday to discuss expectations for the region and the upcoming Annapolis peace conference.

David Kriss
Press & Information Officer
Delegation of the European Commission to the State of Israel
Paz Towers, 5-7 Shoham Street, Ramat Gan

972-3-6000906 or 972-3-6137799 (ex906) or 972-54-2240772
Please note my new email david.kriss@ec.europa.eu

<http://www.delisr.ec.europa.eu>